

*Aus dem Stadtrat: Infrastruktur*

## **CDU-Initiative: Mainz und Wiesbaden prüfen weitere Rheinbrücke**

### **Stadtrat und Verkehrsausschuss beschließen einstimmig Antrag der Union**

Der Traum von einer weiteren Rheinbrücke könnte dank der CDU in Erfüllung gehen. Nahezu zeitgleich beschlossen am 7. Februar 2018 der Mainzer Stadtrat und die Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung, in enger Abstimmung nach geeigneten Standorten für den Bau einer neuen Brücke zwischen den beiden Städten zu suchen und diese hinsichtlich einer zeitnahen Realisierung zu prüfen sowie mögliche Zuschussgeber zu kontaktieren. In Mainz ging die parlamentarische Initiative von der Union aus, die sowohl im Verkehrsausschuss am 6. Februar 2018 als auch im Stadtrat einen Tag später einen entsprechenden Ergänzungsantrag zur Beschlussvorlage zum Thema CityBahn eingereicht hatte.

„Wir sind froh und glücklich, dass unserem Antrag in beiden Gremien zugestimmt wurde. Das ist eine gute Nachricht für alle Bürgerinnen und Bürger“, so der CDU-Fraktionsvorsitzende Hannsgeorg Schönig und seine Stellvertreterin und Kreisvorsitzende Sabine Flegel. Ziel der Union sei es, die Verkehrssituation der Menschen in Mainz und der Region zu verbessern. Die CityBahn, die mit dem Antrag der CDU zu einer CityBahnPlus wird, könne sicherlich einen positiven Beitrag hierzu leisten und den ÖPNV noch attraktiver gestalten. „Fest steht aber auch: Wiesbaden und Mainz werden auch in den kommenden Jahren wachsen. Damit wird auch der Verkehr weiter zunehmen. Die CityBahn allein kann die problematische Verkehrssituation jedenfalls nicht lösen“, so Schönig und Flegel. Um den Verkehrsmix abzubilden, würden zukünftig Querungen über den Rhein für alle unterschiedlichen Verkehrsmittel gebraucht. Hierzu gehörten auch E-Bikes, Radfahrer, Autos und Fußgänger. Die Politik müsse alle Verkehrsteilnehmer im Auge haben. Für die CDU stehe eindeutig fest, dass eine weitere Rheinbrücke zwingend erforderlich sei.

Der Stadtrat hat zudem auch mit den Stimmen der Union beschlossen, mit den konkreten Planungen für eine CityBahn zu beginnen, die den Brückenkopf in Mainz-Kastel mit dem bereits bestehenden Mainzer Straßenbahnnetz verbinden soll. Dabei handelt es sich jedoch noch nicht um einen endgültigen Grundsatzbeschluss. Vielmehr werden in den kommenden Wochen und Monaten nun beispielsweise mögliche Trassen geprüft. Die CDU hat in dieser Frage bereits eine klare Position. „Aus unserer Sicht ist die einzig sinnvolle Streckenführung die durch die Quintinsstraße und die Ludwigsstraße. Wer aus Wiesbaden nach Mainz kommt, der will meist direkt in den Stadtkern und nicht durch die Große Bleiche oder die Kaiserstraße zum Hauptbahnhof West. Auch wurden in der Ludwigsstraße die Versorgungsleitungen bereits so verlegt, dass dort Gleise problemlos eingebaut werden könnten. Das ist in der Großen Bleiche nicht der Fall“, so der verkehrspolitische Sprecher Thomas Gerster. Bei dieser Variante könnte die Tram auch in Richtung Hechtsheim und Finthen weiterfahren. Die CDU werde sich daher massiv für diese Streckenführung einsetzen.



Fraktionschef Hannsgeorg Schönig und seine Stellvertreterin und Kreisvorsitzende Sabine Flegel freuen sich, dass Standorte für eine weitere Rheinbrücke geprüft werden:

**„Es ist eine gute Nachricht für die Mainzerinnen und Mainzer, dass unserer Initiative für eine weitere Brücke zugestimmt wurde. Jetzt werden endlich mögliche Orte für den Bau einer neuen Brücke geprüft. Für uns ist klar: Mainz braucht eine weitere Brücke.“**



*Aus dem Stadtrat: Rathaus*

## Stadtrat beschließt Sanierung des Rathauses

### CDU votiert mehrheitlich dagegen – Warnung vor ausufernden Kosten

Das Mainzer Rathaus wird saniert. Der Stadtrat votierte in seiner Sitzung am 7. Februar 2018 mit den Stimmen von SPD, Grünen, FDP, ÖDP und den Linken für die Beschlussvorlage der Verwaltung, die von Gesamtkosten in Höhe von 65 bis 70 Millionen Euro ausgeht. Die CDU stimmte mehrheitlich gegen den Vorschlag. Die Stadträte Dr. Christian Moerchel und Prof. Dr. Michael Pietsch votierten für die Sanierung des Bauwerks, Claudia Siebner und Dr. Barbara Both enthielten sich. Nach dem Ratsbeschluss beginnen nun die konkreten Planungen. Bis die Arbeiten losgehen, werden aber mindesten noch einmal anderthalb Jahre vergehen. Die Sanierung des seit 2006 unter Denkmalschutz stehenden Gebäudes soll mindestens zwei Jahre dauern. Für diesen Zeitraum muss die Verwaltung in angemietete Räumlichkeiten im Stadtgebiet untergebracht werden. Vorgesehen sind dafür die Gebäude der Westdeutschen Immobilienbank an der Großen Bleiche, die frei werden, allerdings nicht die benötigten Flächen vorweisen.

In einer gemeinsamen Sitzung des Haupt- und Personalausschusses, des Finanzausschusses, des Bau- und Sanierungsausschusses sowie des Ortsbeirates Altstadt hatte das CDU-Ausschussmitglied Gerd Schreiner die Pläne der Verwaltung massiv kritisiert. Neben der Frage, ob die Sanierungskosten von den angegebenen 65 Millionen Euro plus X nicht völlig aus dem Ruder laufen werden, gebe es weitere Probleme. So könnten etwa bei der Sanierung der denkmalgeschützten Fassade die Vorgaben der Energieeinsparverordnung nicht eingehalten werden. Zudem werde bei Rheinhochwasser auch in Zukunft Wasser in den Keller eindringen.

CDU-Fraktionschef Hannsgeorg Schöning wiederholte seine Kritik, dass die Verwaltung alternative Vorschläge zu keinem Zeitpunkt wirklich ernsthaft geprüft habe. „OB Ebling, der Stadtvorstand sowie die Ampelkoalition wollten von Anfang

an immer nur die Sanierung des Arne-Jacobsen-Baus. Es ist unglaublich, wenn jetzt behauptet wird, dass auch über andere Varianten nachgedacht wurde“, so Schöning. Die CDU-Stadtratsfraktion hatte vor mehr als zwei Jahren vorgeschlagen, die bisher im Rathaus angesiedelten Teile der Verwaltung in das Kurfürstliche Schloss und in einen Neubau im Bereich der Großen Bleiche zu verlagern und den Arne-Jacobsen-Bau an einen Investor zu verkaufen. Mit dem Allianz-Haus habe 2015 ein Grundstück zur Verfügung gestanden, das sich im Besitz einer stadtnahen Gesellschaft befindet. „Die überwältigende Mehrheit der CDU-Fraktion ist nach wie vor der Ansicht, dass diese Option umsetzbar und sinnvoller gewesen wäre“, sagt der Fraktionsvorsitzende. Die CDU werde jetzt in den kommenden Monaten und Jahren das Vorgehen der Verwaltung genau

beobachten und insbesondere die Entwicklung der Gesamtkosten im Auge behalten. „Wir sind fest davon überzeugt, dass die Gesamtkosten nah am bzw. im dreistelligen Millionenbereich liegen werden. Trickserien werden wir der Verwaltung nicht durchgehen lassen“, betont Schöning.



CDU-Fraktionschef Hannsgeorg Schöning kritisiert die Entscheidung und das Vorgehen der Stadtspitze:

**„Die Verwaltung hat alternative Vorschläge zu keiner Zeit wirklich ernsthaft geprüft. Wir sind nach wie vor mehrheitlich der Überzeugung, dass die von uns vorgeschlagene Option „Schloss und Allianz-Haus“ umsetzbar und alles in allem wesentlich sinnvoller und besser gewesen wäre.“**



*Aus dem Stadtrat: Römisches Theater*

## **CDU: Römisches Theater sanieren und erhalten**

### **Stärkeres Engagement der Stadt gefordert – Ampel lehnt CDU-Antrag ab**

Das Römische Theater ist ein einzigartiges historisches Juwel im Herzen der Stadt Mainz. Bereits seit längerem ist das Bauwerk jedoch in einem äußerst schlechten Zustand. Auf diesen Missstand hatte Anfang des Jahres unter anderem die Initiative Römisches Mainz hingewiesen und von der Verwaltung ein stärkeres Engagement eingefordert. Dieser Forderung schloss sich auch die CDU an. „Es muss alles dafür unternommen werden, dass dieses Bauwerk erhalten bleibt. Es wäre ein kulturelles und bauliches Banausentum, auch nur über andere Möglichkeiten nachzudenken“, erklärten der baupolitische Sprecher Dr. Gerd Eckhardt und der kulturpolitische Sprecher Dr. Markus Reinbold. In den letzten Monaten hatte die Verwaltung immer wieder betont, dass sie bei diesem bedeutenden Thema auf einem guten Weg sei. „Wir stellen uns dann aber schon die Frage, warum dann keinerlei Fortschritte bezüglich des Erhalts zu erkennen seien und es nicht vorangehe“, so die beiden CDU-Stadträte.

Um die zwingend notwendigen Sanierungsmaßnahmen voranzutreiben, hatte die CDU-Stadtratsfraktion deshalb in der Sitzung des Stadtrats am 7. Februar 2018 einen Begleitantrag zum Nachtragshaushalt eingereicht und in diesem gefordert, für die Sanierung des Römischen Theaters finanzielle Mittel in Höhe von 600.000 Euro zur Verfügung zu stellen, damit unverzüglich mit dringend erforderlichen Konservierungsmaßnahmen begonnen werden kann, um den Alterungs- und Verfallsprozess der ausgegrabenen Mauer- und Pfeilerteile zu stoppen und auch erste Maßnahmen im Bereich der vorderen Sitzreihen durchführen zu können, um so mit ersten Aktivitäten im Theater beginnen zu können.

„Die aktuell von der Verwaltung eingeplanten Mittel reichen bei weitem nicht aus. Wenn jetzt keine umfassenden und konkreten Erhaltungsmaßnahmen gestartet werden, dann besteht die akute Gefahr, dass die Stümpfe und Pfeiler weiter erheblichen Schaden nehmen“, so der CDU-Fraktionsvorsitzende Hannsgeorg Schöning im Finanzausschuss. Dies könne keiner wollen. Aus diesem Grund müsse sofort gehandelt werden. Die von der CDU geforderten Mittel seien zwingend notwendig.

Die Ampelkoalition ignorierte diesen eindringlichen Appell und lehnte den Vorschlag der Union ab. Stattdessen setzten SPD, Grüne und FDP gemeinsam durch, im Jahr 2018 lediglich weitere 100.000 Euro zur Verfügung zu stellen. Für 2019 wurden zusätzliche finanzielle Mittel in Aussicht gestellt, ohne einen konkreten Betrag zu nennen. Dieses Vorgehen sorgte bei der CDU für Kopfschütteln. „Für uns sind diese Mittel nicht ausreichend. Offensichtlich hat es den Ampelkoalitionären nicht gepasst, dass die CDU dieses wichtige Thema aufgegriffen hat und konnte sich deshalb nicht anschließen. Wir können das Verhalten der Ampelparteien überhaupt nicht nachvollziehen und können nur hoffen, dass Ihre und unsere Befürchtungen nicht eintreffen“, so Schöning.



Dr. Markus Reinbold,  
kulturpolitischer Sprecher,  
will das Bauwerk erhalten:

**„Das Römische Theater ist einzigartig und ein Juwel mitten im Herzen unserer Stadt. Wir müssen alles dafür tun, dass dieses Bauwerk erhalten bleibt. Es ist deshalb völlig unverständlich, dass die Ampel die von uns geforderten zusätzlichen finanziellen Mittel nicht bewilligt hat.“**



**Aus dem Stadtrat: Smart City**

**CDU: Mainz zur Smart City weiterentwickeln**

**Union fordert von Verwaltung Konzeption – Ampel überweist Antrag**

Smart City – viele Menschen können sich hierunter derzeit noch wenig vorstellen. Dabei wird unter diesem Begriff seit einiger Zeit immer ausgeprägter die Zukunft von Städten und Regionen diskutiert. Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) versteht unter einer Smart City eine Stadt, in der durch den Einsatz innovativer Technologien intelligente Lösungen für ganz unterschiedliche Bereiche der Stadtentwicklung, etwa Infrastruktur, Gebäude, Mobilität, Dienstleistungen oder Sicherheit, bereitgestellt werden.

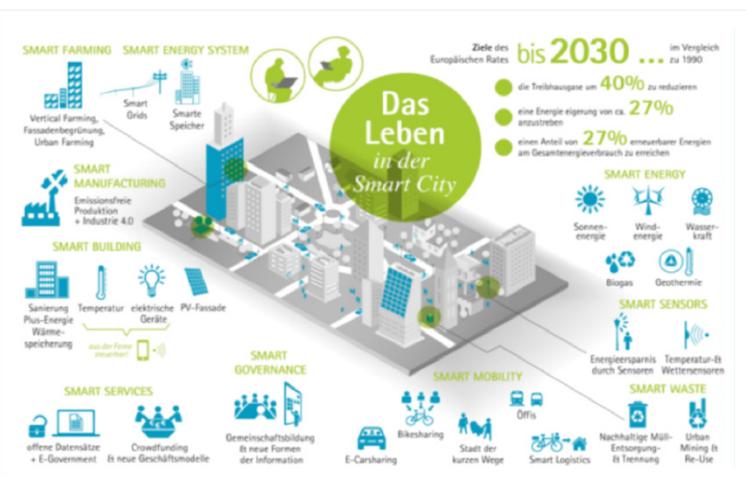
Die CDU-Stadtratsfraktion möchte auch Mainz zu einer solchen Smart City weiterentwickeln und hatte deshalb für den Stadtrat am 7. Februar 2018 einen Antrag zu diesem Zukunftsthema eingereicht. In diesem wurde die Verwaltung gebeten, eine Konzeption vorzulegen, wie das Ziel der Weiterentwicklung von Mainz zur Smart City erreicht werden kann.

In seiner Rede im Rat machte der baupolitische Sprecher Dr. Gerd Eckhardt deutlich, dass es der CDU mit der Initiative darum gehe, Mainz fit für die Zukunft zu machen. „Wir wollen erreichen, dass mittel- und langfristig systematisch moderne Informations- und Kommunikationstechnologien sowie ressourcenschonende Technologien eingesetzt werden“, so der Baupolitiker, der auch für die Stadtentwicklung zuständig ist. Ziel müsse es sein, die Lebensqualität, den Service und den Komfort der Bürgerinnen und Bürger sowie die Wettbewerbsfähigkeit der ansässigen Wirtschaft dauerhaft zu erhöhen. „Ganz wichtig ist uns, die Bürgerinnen und Bürger bei diesem Prozess mitzunehmen und sie von Anfang an einzubinden. Ein breiter öffentlicher Dialog ist erforderlich, um die einzelnen Handlungsfelder zu identifizieren“, erläuterte Eckhardt. Die CDU schlage deshalb vor, Foren zu verschiedenen Themenkomplexen wie etwa Information und Kommunikation, Mobilität, Verkehr und Energie durchzuführen und dabei die Bürgerinnen und Bürger aktiv zu beteiligen. Aus diesen Foren könnte dann ein Maßnahmenbündel sowie eine konkrete Konzeption für die Umsetzung entwickelt werden.



Dr. Gerd Eckhardt, baupolitischer Sprecher, will Mainz zu einer Smart City machen:

**„Wir wollen mit unserer Initiative zum Thema Smart City Mainz fit für die Zukunft machen und erreichen, dass mittel- und langfristig moderne Informations- und Kommunikationstechnologien eingesetzt werden. Unser Ziel ist es, die Lebensqualität, den Service und den Komfort der Mainzerinnen und Mainzer sowie die Wettbewerbsfähigkeit der ansässigen Wirtschaft dauerhaft erhöhen. Dass die Ampelkoalition sich der Erstellung einer Konzeption verweigert und das Thema zunächst einmal mit fadenscheinigen Argumenten im Ausschuss diskutieren möchte, können wir nicht verstehen. Ein weiteres Mal verträdeln wir wertvolle Zeit.“**



Bei den anderen Ratsfraktionen stieß die CDU-Initiative überwiegend auf Zustimmung. Die Vertreter der Ampel fanden jedoch, dass es für eine Konzeption noch zu früh sei, da es bisher keine genaue Definition gebe.

Bei der CDU stieß diese Argumentation weitgehend auf Kopfschütteln. Am Ende wurde der Antrag jedoch in den Ausschuss überwiesen und wird dort nun weiter diskutiert.



*Aus dem Stadtrat: Umbach und anliegender Parkplatz*

## **CDU fordert Bebauungsplan**

Kurz nach Fastnacht ist er gestartet: der Umbau der Großen Langgasse. Mit den Investitionen will die Stadt eine attraktivere Gestaltung schaffen. Die Maßnahmen könnten und sollten Signalwirkung für die Eigentümer der anliegenden Gebäude haben. In einigen Bereichen wurden bereits Fortschritte erzielt und investiert, in anderen steht eine Realisierung kurz bevor. Unbefriedigend ist jedoch seit langem der Zustand der Liegenschaften gegenüber dem Erthaler Hof mit einem seit mehreren Jahren völlig heruntergekommenen Gebäude im Privatbesitz und einem ungepflegten Parkplatz. Im Umfeld dieser Liegenschaft ist bereits jetzt eine negative Entwicklung zu erkennen.

Für die CDU ist dieser schon seit Jahren zu beobachtende Zustand nicht mehr akzeptabel. Aus diesem Grund wurde in der Stadtratssitzung am 7. Februar 2018 ein Antrag gestellt, in der die Verwaltung gebeten wurde, einen Bebauungsplan für das Gebiet Große Langgasse – Steingasse – Welschnonnengasse zur Beschlussfassung durch die Gremien vorzubereiten und den Schwerpunkt auf den Bereich nahe der Großen Langgasse zu legen.

Der baupolitische Sprecher Dr. Gerd Eckhardt betonte in seinen Ausführungen im Rat, dass erheblicher Handlungsbedarf bestehe, um dem städtebaulichen Missstand in diesem Gebiet ein Ende zu bereiten. Es würden schon zu lange Gespräche ohne konkrete Ergebnisse geführt. Jetzt müsse endlich gehandelt werden.

Die Vertreter der Ampel sowie Baudezernentin Marianne Grosse lehnten den Vorschlag der CDU jedoch ab und wollen weiter auf Gespräche setzen. Bei Dr. Eckhardt führte das Verhalten zu Kopfschütteln. „Wie lange will man noch warten bis endlich etwas passiert? Das Vorgehen ist überhaupt nicht nachvollziehbar“, so der Baupolitiker.

**Aktuelles: Bürgerentscheid Gutenberg-Museum**

## **Mainzer Bürger entscheiden am 15. April 2018**

Der Termin für den ersten Bürgerentscheid in Mainz steht endgültig fest. Am 15. April 2018 entscheiden die Mainzerinnen und Mainzer, ob der umstrittene Bibelturm gebaut wird. Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 7. Februar 2018 dieses Datum festgelegt. Beschlossen wurde auch die konkrete Fragestellung. Diese lautet: „Soll das Gutenberg-Museum durch den Bau des Bibelturms am Liebfrauenplatz gemäß Beschluss des Stadtrates vom 08.02.2017 erweitert werden?“

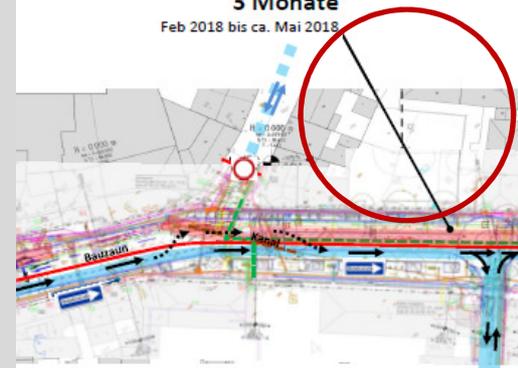
Auf Antrag der CDU stellte OB Ebling in der Ratssitzung klar, dass aus seiner Sicht keine rechtlichen Bedenken gegen die Fragestellung bestehen. Hintergrund der Frage der Union war, dass im Januar bekannt wurde, dass der Bibelturm aufgrund von Bedenken in Bezug auf Abstandsvorschriften statt 23 nur noch etwa 20 Meter hoch sein soll.



Der baupolitische Sprecher Dr. Gerd Eckhardt betont:

**„Im Bereich Umbach besteht dringender Handlungsbedarf. Es muss endlich etwas passieren.“**

Bauabschnitt 1b (Punktueller Vorabmaßnahmen)  
**3 Monate**  
Feb 2018 bis ca. Mai 2018



**Aktuelles: Rheinhessenstraße**
**CDU fordert weiter vierstreifigen Ausbau**

Die CDU-Stadtratsfraktion spricht sich weiter klar dafür aus, die Rheinhessenstraße (L 425) zwischen den Mainzer Stadtteilen Hechtsheim und Ebersheim vierstreifig, das heißt zwei Fahrspuren pro Seite, auszubauen und zusätzlich parallel zur Straße einen Wirtschaftsweg für landwirtschaftliche Fahrzeuge und Fahrräder zu schaffen. „Alles andere ist Flickschusterei und hilft den vielen Menschen, die hier täglich im Stau stehen, nicht weiter“, erklärt der Fraktionsvorsitzende Hannsgeorg Schöning. Die CDU könne angesichts des derzeitigen Zustands der Straße und der permanenten Staus überhaupt nicht nachvollziehen, dass bei dieser überaus wichtigen verkehrspolitischen Frage seit Monaten sowohl bei der Stadt als auch beim Land Rheinland-Pfalz nichts vorangehe. Die Leidtragenden seien die Bürgerinnen und Bürger, die sich dort, insbesondere in den Stoßzeiten am frühen Morgen sowie am späten Nachmittag, völlig zu Recht über die Situation ärgern würden.

Auf völliges Unverständnis stößt bei der CDU das Verhalten von Verkehrsminister Wissing (FDP). „Es ist nichts anderes als eine Bankrotterklärung, dass Herr Wissing bei diesem Thema rumeiert und nichts dafür tut, dass es endlich vorangeht“, kritisiert Schöning. Der Verkehr auf der L 425 nehme schon jetzt zu und ab 2020 werde auch noch die B 420 bei Nierstein für zwei Jahre gesperrt, wodurch mit noch mehr Fahrzeugen auf der Rheinhessenstraße gerechnet werden müsse. Wie man angesichts dieser Tatsachen davon ausgehen könne, dass ein Ausbau der Knotenpunkte ausreicht, bleibe ein Rätsel. Dasselbe gelte für die Ankündigung, noch vor den Ausbaumaßnahmen die Fahrbahn zu sanieren. Über das Verhalten des Landes könne man wirklich nur noch den Kopf schütteln. Und auch Verkehrsdezernentin Katrin Eder blende die Realitäten weiter aus. „Wir erwarten, dass Stadt und Land endlich im Sinne der Menschen handeln“, so Schöning.

**Aktuelles: Ampel Hochkreisel Kastel**
**CDU erfreut über neue Fußgängerampel**

Die CDU zeigt sich erfreut darüber, dass auf dem Hochkreisel in Mainz-Kastel eine Fußgängerampel früher als ursprünglich geplant angebracht werden soll. „Mit der Maßnahme wird ein Vorschlag von uns, den wir in der gemeinsamen Sitzung des Mainzer Verkehrsausschusses und des Wiesbadener Ausschusses für Planung, Verkehr und Bau am 12. Dezember 2017 im Bürgerhaus Kastel zum Thema CityBahn eingebracht haben, zügig aufgegriffen und umgesetzt. Das ist eine gute Nachricht für alle, die den Weg über die Theodor-Heuss-Brücke nehmen“, erklären die CDU-Kreisvorsitzende Sabine Flegel und der verkehrspolitische Sprecher Thomas Gerster. Die derzeitige Regelung mit einem Fußgängerüberweg führe gerade in Stoßzeiten immer wieder zu teils massiven Rückstaus in Mainz. Eine Fußgängerampel biete die Möglichkeit, diese problematische Situation zu verbessern. Es sei positiv, dass konstruktive Forderungen in Wiesbaden schnell aufgegriffen werden. Dies wünsche man sich auch von der Stadt Mainz.



CDU-  
Fraktionschef  
Hannsgeorg  
Schöning kritisiert:

**„Wir brauchen den vierstreifigen Ausbau der Rheinhessenstraße plus Wirtschaftsweg, Alles andere wäre reine Flickschusterei und würde den dort täglich im Stau stehenden Menschen nicht helfen.“**



Thomas Gerster,  
verkehrspolitischer  
Sprecher der  
CDU-Stadtratsfraktion,  
freut sich über die  
neue Fußgängerampel.

